

## **4,3 Milliarden sind noch nicht alles**

### **BayernLB muss im nächsten Quartal wieder neu rechnen**

MÜNCHEN — Zitiert werden wollen sie nicht. Aber Kenner des Falls haben keinen Zweifel: Die 4,3 Mrd. €, die die BayernLB an „Wertminderungen“ ausweisen musste, sind noch nicht alles. Und den Steuerzahler kann die Affäre noch teuer zu stehen kommen.

Die Landesbanken wurden einmal gegründet, um Sparkassen bei der Finanzierung des Mittelstandes zu unterstützen. Doch weil bei diesem Kreditgeschäft wenig zu verdienen war, begannen auch die Landesbanken, wie die Geschäftsbanken, mit Spekulationen im Ausland. Wie eben in den USA. Das ging lange Zeit gut.

Zur Wurzel des Übels wurden dort die Subprime-Darlehen — Familien konnten darüber ein eigenes Haus zu 100 Prozent (ohne eigenes Geld) finanzieren. Das war im Rahmen der Einwanderungspolitik gewollt, um etwa Latinos die Integration zu erleichtern. Das Kalkül: Die Häuser würden an Wert gewinnen, und die Rechnung ginge auf. Das passierte aber nicht, stattdessen stiegen nur die Zinsen.

Ziemlich geleimt

Fonds übernahmen die Darlehensschulden und lockten andere Kreditinstitute, diese Papiere zu kaufen — eben auch die BayernLB. „Die haben sich ziemlich leimen lassen“, sagt ein Insider. Als fragwürdig erwies sich die Rolle der Rating-Agenturen, die die Fonds gut bewerteten.

Jetzt will niemand mehr diese Papiere haben, also fallen sie im Wert. Die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften aber besagen: In jedem Quartal muss der jeweils aktuelle Wert der Papiere, die eine Bank besitzt, neu ermittelt werden. Ändert er sich, ist eine Wertberichtigung vorzunehmen.

Dabei hat die Bank die Papiere noch im Besitz. Nichts ist wirklich verloren. Diese Wertberichtigungen — bei der BayernLB eben über 4,3 Mrd. € — sind vorsorglich auszuweisen; sie belasten die Bilanz, aber sie sind nicht gleichzusetzen mit Abschreibungen. Diese drohen im nächsten Schritt, wenn die Papiere wirklich verkauft würden, dafür nichts zu bekommen und das Geld tatsächlich weg ist.

Die Bewertung wird im nächsten Quartal erneut fällig. Kenner sagen: Der Wert wird weiter sinken, weil die Papiere immer noch niemand anderes kauft. Also wird sich die Wertberichtigung zwangsläufig weiter erhöhen.

Den Bürger trifft die Misere zunächst indirekt: Die Landesbank kann dem Staat weniger Dividende zahlen, in der Folge kann der Staat für die Bürger weniger ausgeben. Sollten später tatsächlich die Abschreibungen nötig sein, müsste der Staat als Eigner aus Steuermitteln den Fehlbetrag zuschießen — zusammen mit den Sparkassen als Miteigentümern.

Dann kann bei den Sparkassen das Geld für Kredite an den Mittelstand knapp werden. Was weiter passiert? Wirtschaftsexperten wollen lieber nicht darüber nachdenken. WOLFGANG MAYER